

Antragsübersicht Heft 4:

Nummer / nicht zulässig	Thema	AntragstellerInnen
TO 5	Tausch TOP 12 und 13	Günter Blocks
L1neu Ä4	Einfache Sprache	Stefan Hillebrand (KV Euskirchen)
L1neu Ä5 L2neu Ä1	Änderungen zu L1 und L2 Thema „Hochschulpolitik“	KV Duisburg
L1neu Ä6 L2neu Ä2	Anforderungen Landeshaushalt	Azize Oguz, Janina Herff , Waltraut Steuer, Hans- Peter Leymann Kurtz, Jörg Bütefür, Dieter Hoffrogge
L1neu Ä7	Friedensland	Ben Klar
L1neu Ä8	Mobilität	Jürgen Aust
L1neu Ä9	Personalabbau Land NRW	Hubertus Zdebel
L1neu Ä10	Arbeitsmarkt	Carina Limper, Lutz Pfundner, Mbulelo Dlangamadla, Olivia Schwabedissen, Monika Müller-Klar, Nils Böhlke
L1neu Ä11	Tariftreue	Carina Limper, Lutz Pfundner, Mbulelo Dlangamadla, Olivia Schwabedissen, Monika Müller-Klar, Nils Böhlke
L1neu Ä12	Schule ohne Bundeswehr	Carina Limper, Lutz Pfundner, Mbulelo Dlangamadla, Olivia Schwabedissen, Monika Müller-Klar, Nils Böhlke
L2neu Ä3	Ergänzung zu L2neu Thema „Landevorstandsberichte“	Günter Blocks
L2neu Ä4	Diverse Änderungen	Eleonore Lubitz
I1 Ä1	Änderungsantrag zum Initiativantrag 1 „Zurück zur Politik“	LAG SL, Irina Neszeri
I2	Initiativantrag Resolution Libyen	OV Radevormwald
I3	Libyen-Nein zum Krieg	Niema Movassat u.a.
I4	10 Jahre Krieg...	Sevim Dagdelen u.a.
I5	Ungleichheitsbremsen europaweit bekämpfen	Alban Werner, Irina Neszeri
I6	Aktionstag IGM-Jugend	Nils Böhlke, Özlem Alev Demirel, Azad Tarhan u.a.
	Verfahrensantrag Leitantrag	Günter Blocks

1 **TO-5**

2 Antragsteller: Günter Blocks

3 **Antrag zur Änderung der Tagesordnung**

4 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

5 Im vorgelegten neuen Entwurf der Tagesordnung sind die Tagesordnungspunkte 12. und
6 13. zu tauschen.

7 Begründung:

8 Es hat gute Tradition in unserem Landesverband, dass Wahlen zum Landesvorstand erst
9 **nach** der Diskussion und Beschlussfassung zum Leitantrag erfolgen:

10 Dadurch erhalten die KandidatInnen eine zusätzliche Möglichkeit, sich politisch-inhaltlich
11 zu profilieren, und dies ermöglicht zugleich den Delegierten, sich ein besseres Bild von den
12 KandidatInnen zu machen.

13

14 **L-1-NEU-Ä-4**

15 Antrag zum Leitantrag

16 Antragsteller:

17 Stefan Hillebrand (KV Euskirchen)

18 Im Leitantrag heißt es unter

„6. Für Demokratie und Soziale Rechte! Gegen Ausgrenzung, Neofaschismus und Rassismus

19 Was wir wollen:

- Direkte Demokratie, die alle Menschen erreicht und sich nicht nur an die wendet, die das nötige Geld, die nötige Zeit und die gute Ausbildung haben. Dazu gehört Aufklärung und eine Sprache, die von allen verstanden wird.“

20 Ich beantrage, dass sich schon jetzt die Autoren bei ihren Anträgen an diesen Leitsatz
21 halten.

22 Begründung:

23 Nicht alle unsere Mitglieder und Delegierten haben einen Hochschulabschluss. Gerade an
24 der Parteibasis wird in vielen Kreisverbänden eine sehr einfache Sprache gesprochen. Wir
25 sollten uns sprachlich nicht abgrenzen. Formulierungen wie „Konversion von
26 Rüstungsbetrieben“ (Leitantrag 8. Für ein Friedensland NRW), „Spaltung und
27 Ausdifferenzierung nehmen zu“ (P-5), „Wir müssen konstatieren...“ (P-9) oder „...auch die
28 Inklusion von Chronisch Kranken...“ (P-9) lassen sich im Duden nachschlagen, aber sicher
29 auch anders formulieren. Doch spätestens bei „sozialdarwinistische Politik“ (P-22)
30 kapituliert – Verzeihung – gibt auch der Duden auf. Auch 5-fach verschachtelte Sätze mit

31 vielen Kommas sind hier nicht vorteilhaft. In Schreiben, die für Politikwissenschaftler
32 bestimmt sind, sieht dies anders aus. Ich erwarte zu diesem Antrag keine Diskussion auf
33 dem Parteitag. Ich bitte aber darum, beim Erstellen von Texten einmal über den Gebrauch
34 der Sprache nachzudenken.

35

36

37 **L-1-NEU-Ä-5**

38 **L-2-NEU-Ä-1**

39 **Änderungsantrag zum Leitantrag und Ergänzungsantrag zum alternativen**
40 **Leitantrag des Landesparteitages NRW am 10/11.9.2011**

41 **AntragstellerInnen:** KV Duisburg

42 Der Landesparteitag möge folgende Änderungen im Leitantrag bzw. alternativen
43 Leitantrag beschließen:

44 1. **Leitantrag:** Ersetzung des Satzes (Z.201-Z.204) „Auch in den kommenden
45 Semestern wird Die LINKE die Bildungsstreiks für ein neues Hochschulgesetz und
46 die Abkehr vom so genannten Bologna-Prozess unterstützen.“ durch die Sätze „Die
47 LINKE setzt sich in den kommenden Semestern für ein neues Hochschulgesetz ein,
48 welches die Hochschulräte und Rektoren entmachtet und die Hochschulen aus dem
49 Würgegriff der Privatwirtschaft befreit. Ebenso unterstützt die LINKE aktiv
50 Initiativen und Studierendenproteste für die Abkehr von den durch den Bologna-
51 Prozess hervorgerufenen Reformen, weil sie die Neoliberalisierung der
52 europäischen Hochschulen bedeuten. Die LINKE fordert den echten europäischen
53 Hochschulraum, den der Solidarität und der gegenseitigen Anerkennung.“

54 2. **Alternativer Leitantrag:** Ergänzung des folgenden Abschnitts zur Hochschule
55 (Z.320ff.): „Beobachtung: Durch Die Reformen des Bologna-Prozesses und des
56 Hochschulfreiheitsgesetzes des Landes NRW sind die Hochschulen in den
57 Würgegriff neoliberaler Konkurrenzgesetze gelangt. Wirtschaftliche Interessen
58 lenken die Geschicke von Lehre und Forschung. Schlussfolgerungen: 1. Die LINKE
59 setzt sich für ein neues Hochschulgesetz ein, welches die Hochschulräte und
60 Rektoren entmachtet und die Universität der demokratischen Kontrolle der
61 Öffentlichkeit zurückgibt. 2. Die LINKE unterstützt aktiv Initiativen und
62 Studierendenproteste für die Abkehr von den durch den Bologna-Prozess
63 hervorgerufenen Reformen.“

64 Begründung erfolgt mündlich

65 **L-1-NEU-Ä-6**

66 **L-2-NEU-Ä-2**

67 **Änderungsantrag zu den Leitanträgen L1 Neu und L2 Neu**

68 **Antragstitel: Anforderungen an den Landeshaushalt 2012 und die Strategie der**
69 **LINKEN.(Antragstext KV Köln, Düsseldorf)**

70 Antragsteller: Azize Oguz, Janina Herff , Waltraut Steuer, Hans-Peter Leymann Kurtz, Jörg
71 Bütefür, Dieter Hoffrogge

72 (Delegierte KV Essen)

73 Die Antragsteller beantragen dass in L1 Neu und in L2 Neu folgender Text als
74 eigenständiger Absatz IV mit der Überschrift „Anforderungen an den Landeshaushalt 2012
75 und die Strategie der LINKEN.“, eingefügt wird. Absatz IV „Eine Partei der Mitglieder“,
76 wird in Absatz V umbenannt.

77 **Anforderungen an den Landeshaushalt 2012 und die Strategie der LINKEN.**

78 **1)**

79 Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW hat sich zum Nachtragshaushalt 2010 und
80 zum Haushalt 2011 enthalten. Begründet wurde das in beiden Fällen mit einer moderaten
81 Akzentverschiebung weg vom Primat der Haushaltskonsolidierung und hin zur
82 Berücksichtigung sozialer und anderer wichtiger Belange. Die „roten Haltelinien“ seien
83 nicht überschritten worden, es sei also kein Sozialabbau, keine Privatisierungen und kein
84 Personalabbau geplant gewesen.

85 Diese „roten Haltelinien“ beziehen sich vor allem auf die Situation einer möglichen
86 Regierungsbeteiligung der LINKEN. Sie sind eine Schutzvorrichtung gegen eine Akzeptanz
87 der „Politik des kleineren Übels“.

88 **Werden sie eingehalten, hat dies keineswegs automatisch den Eintritt der**
89 **LINKEN. in eine Regierung oder – im nordrhein-westfälischen Fall – eine**
90 **Zustimmung der LINKEN. zum Haushalt zur Folge.**

91 **2)**

92 **Für eine LINKE. Strategie zum Haushalt ist es notwendig, sich rechtzeitig auf die**
93 **Ziele zu verständigen, die DIE LINKE. in den anstehenden Haushaltsberatungen**
94 **verfolgt.**

95 Hierzu gehört, Kriterien an einen Haushalt zu formulieren, der von der LINKEN getragen
96 oder von der LINKEN durch Enthaltung ermöglicht werden kann.

97 Die Idee, DIE LINKE. könne SPD und Grüne dadurch unter Druck setzen, indem sie ihre
98 Strategie und ihr daraus abzuleitendes Abstimmungsverhalten so lang wie möglich unklar
99 lässt, ist falsch. Stattdessen müssen sich die Mitglieder frühzeitig mit den strategischen
100 Optionen der Landespolitik befassen und der Fraktion die grundsätzliche Richtung
101 vorgeben. Öffentlichkeit, Bewegungen und Wähler/innen müssen rechtzeitig erfahren,
102 wofür Partei und Fraktion stehen, welche Ziel DIE LINKE. in den anstehenden
103 Haushaltsberatungen verfolgt und unter welchen Bedingungen die Fraktion einem
104 Haushalt zustimmt, wann sie sich enthält und wann sie einen Haushalt ablehnt.

105 **3)**

106 Für eine Enthaltung zum Landeshaushalt 2012 gelten folgende Kriterien:

- 107 ▪ Die „**Roten Haltelinien**“ dürfen nicht überschritten werden, es darf also keinen
108 Sozialabbau, keine Privatisierungen und keinen Personalabbau geben.
- 109 ▪ Für die **West-LB** bzw. für deren Abwicklung dürfen keine weiteren Landesmittel (die
110 Rede ist von einer weiteren Milliarde Euro) bereitgestellt werden, solange keine
111 Arbeitsplatzgarantie für die normalen Beschäftigten gesichert ist. Bei der Abwicklung
112 der **West-LB** ist eine angemessene Beteiligung privater Gläubiger anzustreben, wobei
113 eine künftig höhere Zinslast bei Landesverschuldung ebenso zu vermeiden ist wie eine
114 Krisenverschärfung.
- 115 ▪ Ein substantieller Teil der Steuermehreinnahmen muss für zusätzliche Investitionen
116 und Ausgaben in **gesellschaftlich dringliche Belange** ausgegeben werden. Dazu
117 gehört:
 - 118 ➤ die Einführung eines landesweit gültigen Sozialtickets zu höchstens dem im ALG-2-
119 Eckregelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr im Nahbereich;
 - 120 ➤ die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im öffentlichen
121 Dienst, auch durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, vor allem im
122 Bildungsbereich;
 - 123 ➤ höhere Zuweisungen an die Kommunen, um dort drohendem Personalabbau und
124 der Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur entgegenzuwirken;
 - 125 ➤ die Erhöhung der sozialen und ökologischen Zukunftsinvestitionen. Ein wichtiger
126 Baustein hierbei ist der Ausbau des sozialen Mietwohnungsbaus, der energetischen
127 Gebäudesanierung und des barrierefreien Bauens. Hierfür muss die
128 Wohnraumförderung mindestens auf das Niveau erhöht werden, das SPD und
129 Grüne in der Opposition gefordert haben.
- 130 ▪ Die strukturelle Unterfinanzierung der Länder (und Kommunen) ist ein wesentliches
131 Problem für diesen Politikwechsel, weshalb das Land gegen diese klagen und eine
132 Bundesratsinitiative einbringen muss.

133 **4)**

134 **DIE LINKE. NRW ist Oppositionspartei. Sie würde dennoch einem Haushalt der**
135 **Landesregierung zustimmen, wenn sie für die politische Grundrichtung dieses**
136 **Haushaltes die Verantwortung übernehmen kann**, weil er mit unserem
137 Wahlprogramm in den Grundzügen übereinstimmt.

138 Ein solcher Haushalt würde einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der abhängig
139 Beschäftigten und Erwerbslosen, der Benachteiligten und der ökologischen
140 Zukunftsfähigkeit ausdrücken. Ein solcher Politikwechsel wäre unvereinbar mit dem
141 Festhalten von SPD und Grünen an der sogenannten Schuldenbremse und nur im offenen
142 Konflikt mit den Superreichen, Banken und Konzernen möglich.

143 **5)**

144 **Die letzte Entscheidung über das Abstimmungsverhalten der Fraktion zum**
145 **Haushalt 2012 obliegt einem Landesrat.**

146 Er hat die politische Lage zum Zeitpunkt der bevorstehenden Verabschiedung des
147 Haushaltes und die Durchsetzung der LINKEN. Haushaltsforderungen zu prüfen und der
148 Fraktion dann ein Abstimmungsverhalten zu empfehlen.

149 Begründung Erfolgt mündlich

150

151

152 **L-1-NEU-Ä-7**

153 Änderungsantrag zum Landesparteitag DIE LINKE. NRW am 10./11.09.2011 in Mülheim

154 Ben Klar, KV Düsseldorf

155 Zu 8. Für ein Friedensland NRW wird unter „Was wir tun:“ hinzugefügt:

156

157 **DIE LINKE unterstützt aktiv vor Ort das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr**
158 **NRW“.**

159

160 Begründung:

161 Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ setzt sich für die Aufhebung des
162 Kooperationsvertrages mit der Bundeswehr ein und informiert und unterstützt in vielen
163 Städten direkt SchülerInnen und LehrerInnen.

164 DIE LINKE sollte nicht nur die Beendigung des Kooperationsvertrages wollen, sondern
165 Initiativen, die bereits vor Ort tätig sind, aktiv unterstützen. Also sollte ein entsprechender
166 Satz auch unter „Was wir tun“ eingefügt werden.

167 **L-1-NEU-Ä-8**

168 Änderungsantrag zum L 1 neu (Antragsheft 3)

169 **Antragsteller:** Jürgen Aust (Delegierter der LAG „Weg mit Hartz IV!“ und Mitglied des
170 Landesvorstandes)

171 2. Für das Recht auf Mobilität und ein echtes Sozialticket

172 Zeile 309: statt „Hintergründe“ ändern in „Ursachen“

173 Zeile 310: statt „...geht es den Umwelt- und VerkehrspolitikerInnen“ ändern in

174 „.....geht es in der Umwelt- und Verkehrspolitik“

175 Zeilen 316/317: ab „.....aus Altersgründen.....Kostengründen.“ ändern in

176 „....., in erster Linie wegen der zu hohen Kosten, aber auch aus Alters- und
177 Gesundheitsgründen.“

178 Zeile 318: das Wort „konkrete“ streichen

179 Zeile 320: das Wort „ausdrücklich“ streichen

180 Zeilen 324/325: Den Satz „Die SPD-Grünen-Regierung.....ist es ökologisch.“ ändern in:
181 „Zwar spricht auch die SPD-Grünen-Regierung von einem Sozialticket für NRW, doch ist
182 ihr Modell mit einem jährlichen Zuschussbetrag von 30 Mio. € völlig unzureichend und
183 deshalb für die Masse der von Hartz IV betroffenen Menschen nicht
184 bezahlbar.“

185 Zeilen 334/335: komplett streichen (weil das im eigentlichen Sinne nichts ist, was wir tun)

186 Zeilen 336 – 338: „Im Landtag.....weiter verstärken.“ ändern in:

187 „Sowohl im Landtag und in den Kommunalparlamenten, aber insbesondere auch in
188 Aktionen mit den Initiativen werden wir den Druck für die Einführung eines echten
189 Sozialtickets verstärken.“

190 Zeilen 339/340: „.....für den kostenlosen Nahverkehr in NRW“ streichen und ändern in
191 „.....,um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen.“ (diese Änderung ist erforderlich,
192 weil die Forderungen keinen kostenlosen Nahverkehr enthalten und dies auch aktuell
193 keine Forderung der Initiativen ist)

194

195 **L-1-NEU-Ä-9**

196 **L-1 NEU**

197 **III. Wir sind Opposition**

198

199 **Antragsheft 3, S.23**

200 **In Zeile 786, hinter dem Satz "...Klassengesellschaft in der Schule zementiert**
201 **werden." ist einzufügen:**

202

203 SPD und Grüne lassen langsam die Katze aus dem Sack. Plötzlich will Ministerpräsidentin
204 Kraft ein "Effizienzteam" nach Chancen für Einsparungen im angespannten Landeshaushalt
205 fahnden lassen, Finanzminister Walter-Borjans bekennt sich ausdrücklich zur
206 Schuldenbremse und die SPD kündigt für den Landeshaushalt 2012 "keine Tabus" bei den
207 Einsparungen und Einschnitte beim Landespersonal an.

208

209 **L-1-NEU-Ä-10**

210 **AntragstellerInnen:** Carina Limper, Lutz Pfundner, Mbulelo Dlangamadla, Olivia
211 Schwabedissen, Monika Müller-Klar, Nils Böhlke

212 **Die Zeilen 246-252 werden gestrichen und ersetzt durch:**

213

214 Der wirtschaftliche Aufschwung ist an den Langzeiterwerbslosen und prekär Beschäftigten
215 völlig vorbei gegangen. Dennoch werden die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Hartz
216 IV-Bezieher auf ein Minimum zusammengestrichen. Wer aber von einem angeblichen

217 Fachkräftemangel spricht, sollte nicht ausgerechnet bei der Aus- und Weiterbildung der
218 Erwerbslosen sparen.

219
220 **Begründung:**
221 Eine starre Formel nach der 1,5 % Wirtschaftswachstum benötigt wird, um die
222 Erwerbslosigkeit um 100.000 zu verringern, entspricht nicht unserer Programmatik. Durch
223 eine Konsequente Umverteilung von Arbeitszeit sowie von Kapital- zu Lohneinkommen,
224 könnte die Erwerbslosigkeit auch ohne oder bei geringerem Wirtschaftswachstum
225 abgebaut werden. Zudem sollte der Begriff Arbeitslose durch Erwerbslose ersetzt werden.

226

227 **L-1-NEU-Ä-11**

228 **AntragstellerInnen:** Carina Limper, Lutz Pfundner, Mbulelo Dlangamadla, Olivia
229 Schwabedissen, Monika Müller-Klar, Nils Böhlke

230 **Nach Zeile 258 wird folgender Absatz eingefügt:**

231
232 Deshalb setzt sich DIE LINKE. NRW dafür ein, dass die Kaufkraft der öffentlichen
233 Haushalte nicht länger zu Lohndumping und Tariffucht beiträgt, sondern öffentliche
234 Aufträge und Vergaben an soziale, ökologische und frauenfördernde Kriterien geknüpft
235 werden. Kein Produkt, das in NRW gekauft wird darf durch Kinder- oder Sklavenarbeit
236 gefertigt sein.

237

238 **Nach Zeile 275 wird eingefügt:**

239
240 - Ein Tariftreue- und Vergabegesetz, dass die Beschäftigten vor Lohndumping schützt und
241 die Vergabe und den Einkauf der öffentlichen Hand an soziale, ökologische und
242 frauenfördernde Kriterien knüpft.

243

244 **Begründung:**

245 Die Rüttgers Regierung hat dem Lohndumping durch die Abschaffung des Tariftreue- und
246 Vergabegesetzes eine weitere Tür geöffnet. Mit dem vorgeschobenen Argument des
247 Bürokratieabbaus, wurde damit den Unternehmen die Möglichkeit gegeben zu
248 Hungerlöhnen zu Beschäftigten, obwohl die öffentliche Hand die Leistungen bezahlt. Dem
249 muss ein Riegel vorgeschoben werden. Das Tariftreue- und Vergabegesetz ist sowohl für
250 die Gewerkschaften als auch für Organisationen, die sich für fairen Handel einsetzen eines
251 der wichtigsten Projekte. Es schließt auch den Kampf gegen Leiharbeit mit ein, weil in
252 einem solchen Gesetz equalpay für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter durchgesetzt
253 werden könnte. Dafür braucht es aber Druck von der Partei und der Landtagsfraktion. Es
254 wäre wichtig diesen im nächsten Jahr weiter hochzuhalten und auch auszubauen.

255

256 **L-1-NEU-Ä-12**

257 **AntragstellerInnen:** Carina Limper, Lutz Pfundner, Mbulelo Dlangamadla, Olivia
258 Schwabedissen, Monika Müller-Klar, Nils Böhlke

259 **Zu 8. Für ein Friedensland NRW wird unter „Was wir tun:“**
260 **hinzugefügt:**

261
262 DIE LINKE unterstützt aktiv vor Ort das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“.

263
264 **Begründung:**

265 Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ setzt sich für die Aufhebung des
266 Kooperationsvertrages mit der Bundeswehr ein und informiert und unterstützt in vielen
267 Städten direkt SchülerInnen und LehrerInnen.

268 DIE LINKE sollte nicht nur die Beendigung des Kooperationsvertrages wollen, sondern
269 Initiativen, die bereits vor Ort tätig sind, aktiv unterstützen. Also sollte ein entsprechender
270 Satz auch unter „Was wir tun“ eingefügt werden.

271

272

273 **L-2-NEU-Ä-3**

274
275 Antragsteller: Günter Blocks

276

277

278 **Ergänzungs-Antrag zu L 2 NEU**

279

280

281 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

282

283 Am Ende des Antrages wird folgender Text als eigenständiger Absatz ergänzt:

284

285 Der Landesvorstand berichtet in jeder Sitzung des Landesrates, in welchem Umfang und in
286 welcher Form die als Arbeitsaufträge formulierten Beschluss-Bestandteile dieses
287 Leitantrages bereits umgesetzt sind.

288

289 **L-2-NEU-Ä-4**

290

291 An die Delegierten der Partei DIE LINKE:NRW, Landesparteitag 10./11.09.2011

292

293 **Zu Anträge zum Leitantrag L 2 NEU**

294

295 Antragstellerin: Eleonore Lubitz, (Mitglied KV EN-Ruhr-Kreis, Kommunalpolitikerin)

296

297 Nach **1. Für das Recht auf Existenz sichernde Arbeit**

298 In Zeile 10 – 11 Mehr soziale Gerechtigkeit...

299

300 Ersetzen durch:

301

302 Mehr soziale Gerechtigkeit heißt deshalb, das Recht auf eine Existenz sichernde Arbeit für
303 alle hier lebenden Menschen durchzusetzen.

304

305 Begründung:

306 1. das Recht auf Existenz sichernde Arbeit sollte als Aussage nicht
307 auseinandergezogen werden

308 2. es wird zweimal über Arbeit gesprochen und dann in Erwerbsarbeit eingegrenzt.

- 309 3. Frauen und Männer sind auch Menschen
310 4. Wenn ich es bei dem Begriff Arbeit belasse sind bei „allen hier lebenden Menschen“
311 z. B. auch die SchülerInnen und StudentInnen einbezogen, denn Bildung ist auch
312 Arbeit.

313
314 Zeile 13 – 20 ersetzen durch:
315 Vom wirtschaftlichen Aufschwung konnten bisher nur wenige Langzeitarbeitslose
316 profitieren. CDU/ CSU und FDP versprechen zwar, dass die wirtschaftliche Dynamik
317 ausreicht, das Heer der Arbeitssuchenden zu verkleinern. Doch es braucht heute schon ein
318 BIP-Wachstum von 1,5 Prozent, um die Arbeitslosenzahl um 100.000 zu verringern.
319 Dennoch werden restriktive Arbeitsmarktinstrumente verstärkt, Förderinstrumente zur
320 Integration und Qualifikation rigoros zusammen gestrichen. Langzeitarbeitslose werden
321 diskriminiert und immer mehr ausgegrenzt um von der Realität abzulenken, dass bisher
322 die Politik des „Forderns und Förderns“ völlig versagt hat.

323
324 Begründung:

- 325 1. Im ursprünglichen Text lässt es vermuten die Langzeitarbeitslosen sind selber
326 schuld, der Aufschwung geht an denen vorbei,
327 2. Arbeitsmarktinstrumente sind eben nicht nur geldwerte sondern eben auch die, die
328 nichts kosten und dafür Druck ausüben.

329
330
331 Zeile 40 ersetzen durch:
332 Einstieg in den Mindestlohn von 10 €
333
334 Begründung: Wir fordern seit Jahren einen Mindestlohn von 10 €, dieser läge heute aber
335 schon bei knapp 12,30 inkl. Inflationsrate, daher kann es hier nur um den Einstieg gehen.

336
337 Zeile 145: ergänzen durch:
338 Kommunalpolitik und Kommunalpolitikerinnen sollen zukünftig verstärkt in eingebunden
339 werden.

340
341 Begründung: Es ist nicht nur der Landesvorstand, die Landtagsfraktion und die LAG LISA,
342 die Frauenpolitik machen.

343 Nach Zeile 220 ergänzen neue Spiegelstriche

- 344
345 - Abgrabungen von Kies nur für NRW-weite Projekte
346
347 - eine Änderung des Bergrechtes, damit der Raubbau an der Natur sowie die
348 Gefährdung von Landwirtschaft, Mensch und Tier nicht weiter durch Besitzrechte
349 vorangetrieben werden kann wie es bei Fracking und Kiesabbau der Fall ist
350

351 Begründung: neben dem Fracking gefährdet der von der Kieswirtschaft vorangetriebene
352 Kiesabbau schon jetzt Mensch und Natur unmittelbar.

353
354
355 Zeile 236 ergänzen nach Fracking,durch: weitere Abgrabungen von Kies

356
357 Begründung: schon jetzt ist der Kreis Wesel besonders betroffen durch weitere
358 Kiesabgrabungen, weitere Badeseen braucht hier niemand.

359

360 **I1-Ä1**

361 Änderungsantrag zum Initiativantrag I1

362 **ANTRAG:**

363 **Kein Sozialismus ohne Demokratie und Freiheit!**
364 **Zurück zur Politik für die Mehrheit - eine Kampagne gegen die Profiteure der**
365 **Krise ist überfällig!**

366 **AntragstellerInnen:** LAG Sozialistische Linke, Irina Neszeri
367
368

369 Im Antrag Initiativantrag I1 >*Zurück zur Politik! Eine Kampagne gegen die Profiteure der*
370 *Krise ist überfällig!*<, AntragstellerInnen Sevim Dagdelen u.a. sollen die Überschrift der
371 gesamte Text in Z. 1232-1279 (Antragsheft 3) durch die nachfolgende Formulierung
372 ersetzt werden, die im KV Aachen ohne Gegenstimme beschlossen wurde:
373

374 *Der Parteitag möchte beschließen:*
375

376 1. Die LINKE. NRW kritisiert aufs Schärfste das Titelblatt der „jungen Welt“ in ihrer
377 Ausgabe am Jahrestag des Mauerbaus, 13.8.2011 sowie diejenigen dazugehörigen Artikel,
378 in denen der Mauerbau, das Grenzregime und die nicht-rechtsstaatliche, politische Justiz
379 der DDR einschließlich politischer Gefangenschaft verharmlost und verherrlicht werden.
380

381 2. Für die LINKE. NRW ist der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus Grundkonsens
382 unserer politischen Arbeit. Wer den Bruch mit dem Stalinismus nicht mit vollziehen will,
383 kann nicht glaubwürdig und nicht im Sinne der LINKEN demokratisch-sozialistische Politik
384 machen.
385

386 3. Es trifft zu, dass der Mauerbau und die Verbrechen des DDR-Regimes von
387 konservativen und reaktionären politischen Kräften immer wieder als „Keule“ gegen DIE
388 LINKE eingesetzt werden. Nichtsdestotrotz sind der Bruch mit dem Stalinismus und die
389 unmissverständliche Verurteilung der Verbrechen im sog. „Realsozialismus“ politisch
390 richtig und kein Zeichen unserer Schwäche.
391

392 4. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten aber zu Recht, dass wir die Debatten
393 innerparteilicher Selbstbeschäftigung endlich beenden. Wir wollen zurück zur Politik. Zur
394 Politik, die sich den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung wieder
395 zuwendet.
396

397 5. Lohndumping, Sozialraub und Privatisierungen öffentlichen Eigentums zu Lasten von
398 Millionen Menschen einerseits und milliardenschwere Rettungspakete für Banken und
399 Konzerne andererseits bedrohen den sozialen Frieden mit jedem Tag mehr. Die
400 Demokratie wird durch eine Politik, die sich den Profitwünschen der Banken und Konzerne
401 bedingungslos unterordnet und an Parlamenten vorbei über Haushalte bestimmt,
402 entscheidet und verfügt, zerstört.
403

404 6. Das Krisenmanagement der Regierung dient nicht den Interessen der Mehrheit,
405 sondern vor allem denen der oberen Zehntausend. Mit rechtspopulistischen Parolen nach
406 dem Motto „Die Griechen wollen, dass wir ihre Luxusrenten bezahlen.“ oder „Die faulen
407 Portugiesen sollen länger arbeiten.“ werden Bevölkerungen gegeneinander ausgespielt.
408

409 7. DIE LINKE ist eine demokratische Erneuerungsbewegung und hat Alternativen zur
410 herrschenden Politik. Wir wollen diese Alternativen zum Demokratie- und Sozialabbau
411 wieder in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Wir wollen die Bevölkerungsmehrheit
412 mit unserer Politik ansprechen und sie ermutigen, sich zu empören, sich zu engagieren.
413 Gegen eine kapitalhörige Politik. Gegen neue Kriege und Auslandseinsätze der
414 Bundeswehr. Gegen Aufrüstung und Sozialabbau!
415

416 *Eine Kampagne gegen die Profiteure der Krise ist lange überfällig. Lasst uns endlich damit*
417 *beginnen. Zurück zur Politik!*
418

419 *Begründung:* erfolgt mündlich

420

421 **I-2**

422 Initiativantrag

423 **Antrag an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE. NRW, 10. und 11.**
424 **September 2011**

425 **Resolution zum Libyen-Krieg**

426 **Antragsteller:** Ortsverband Radevormwald, Kreisverband Oberberg (Beschluss der 5.
427 Ortsmitgliederversammlung Radevormwald vom 26. August 2011)

428 Es wird hiermit beantragt, dass der Landesparteitag folgende Resolution fassen möge:

429 „Libyen hat eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen des afrikanischen Kontinents. Die
430 Sozialversicherung der Einwohner umfasst die kostenlose medizinische Versorgung sowie
431 Witwen-, Waisen- und Altersrenten. Allgemeine Schulpflicht bei kostenlosem Unterricht
432 besteht für Sechs- bis Fünfzehnjährige. Dennoch liegt die Analphabetenrate der Frauen
433 noch bei 29 % und die der Männer bei 8 %; diese Rate ist aber mit insgesamt 17 % im
434 afrikanischen Vergleich sehr niedrig.“, so schreibt Wikipedia.

435 Das libysche Sozialsystem schaffte Verhältnisse, von denen deutsche Staatsbürger nur
436 träumen können! Die Bevölkerung wuchs seit der Regierung Ghaddafis um mehr als das
437 Doppelte auf 6,3 Millionen (2009). Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 74
438 Jahren – 19 Jahre mehr als der afrikanische Durchschnitt für Frauen, die eine
439 Lebenserwartung von 55 Jahren haben. Dennoch herrscht Vollbeschäftigung; In Libyen
440 hielten sich vor dem Krieg etwa 1 Million Gastarbeiter auf. Den in vielen arabischen
441 Ländern verbreiteten Rassismus gegen Schwarzafrikaner hat Ghaddafi überwunden und in
442 vier Jahrzehnten mehr Maßnahmen unternommen, um Schwarzafrika in einer
443 eigenständigen Entwicklung zu unterstützen, als der Westen in seiner Gesamtheit.

444 Auch damit erklärt sich die Resolution der Afrikanischen Union, dem internationalen
445 Haftbefehl gegen Ghaddafi nicht Folge zu leisten. Südafrika, obgleich ein pro-westlicher
446 Staat, sah sich veranlasst, Ghaddafi Asyl anzubieten. Mit Ghaddafi ginge der größte
447 Förderer eines freien Afrika, dass der Westen nicht will. Haben Sie im Fernsehen jemals
448 einen schwarzen „Rebellen“ des Übergangsrates gesehen?

449 Die Natur des Krieges gegen Libyen

450 Die NATO hat allein bis 24. August nach eigenen Angaben 19877 Angriffe auf mehr als
451 5000 Ziele geflogen. Den Angriff auf Tripolis alleine unterstützte sie mit 126 Angriffen. Sie
452 berief sich dabei auf die Resolution 1973 der UNO vom 17. März: Diese forderte die
453 Durchsetzung einer Flugverbotszone (keine Unterstützung der Kämpfe am Boden), einen
454 Waffenstillstand und ein Waffenembargo. Das haben die Aggressoren mit 15
455 Kriegsschiffen nicht durchgesetzt – Die Lieferung von Waffen an „Rebellen“, u.a. durch
456 Frankreich, wurde nicht verhindert.

457 An einem Waffenstillstand hatten NATO und der selbst-erklärte Übergangsrat indes kein
458 Interesse: Angebote der libyschen Regierung (bis hin zu international kontrollierten

459 Wahlen), Vermittlungsangebote der Afrikanischen Union und Venezuelas wurden ohne
460 Erörterung abgelehnt. In einem Papier von 2009, das mit Obamas Amtsantritt offiziell
461 wurde, erklären die USA ganz deutlich, wo sie stehen und wer sie sind. Es trägt den
462 vielsagenden Titel „Doktrin des irregulären Krieges der Kriegsflotte der USA“.
463 Bezeichnend: Libyen wird in diesem Papier bereits als Gegner genannt. Es ging darum,
464 durch den Einsatz moderner Medien Unruhen in „instabilen Nationen“ zu fördern.

465 Wen soll es da noch wundern, wenn Obama klar die Notwendigkeit sah, sich in Libyen
466 einzumischen? Bestätigt doch das eigene Strategiepapier der Amerikaner den vermeintlich
467 paranoiden Ghaddafi – Bürgerkriege in unliebsamen Staaten zu provozieren, dass ist eben
468 erklärte US-Politik.

469 26.08.11 Seite 1/2 Und worum geht es? Nicht ohne Grund titelte Reuters in einem
470 entsprechenden Artikel vom Montag „Aussicht auf Ghaddafi-Sturz macht Ölkonzernen
471 Hoffnung“ – Flossen doch unter Ghaddafi ca. 89% der Gewinne aus der Erdölförderung
472 dem Staat und damit der Gemeinschaft des libyschen Volkes zu, finanzierten sein
473 Sozialsystem und den Wohlstand der Menschen.

474 Wer sind die Rebellen?

475 „Neben CIA-Schlapphüten und opportunistischen Überläufern treiben sich in der
476 Opposition auch noch Islamisten herum, die gemeinhin als der westlichen Zivilisation
477 schlimmste Feinde betrachtet werden“ schreibt die „junge Welt“ am 23.08. Klar ist auch,
478 dass den Rebellen, da sie den Regimewechsel nicht aus eigener Kraft zu erzwingen
479 vermochten, jede demokratische Legitimation fehlt. Unter anderem speisen sie sich aus
480 dem von der libyschen Regierung unterdrückten Islamismus. Hierzu führt Wikipedia aus:

481 „Seit den 1980er Jahren werden im Untergrund operierende Gruppen wie Muslimbrüder,
482 at-Takfir wa'l-Higra, Hisbollah, Al-Dschihad und ihre religiöse Tendenz zur Vereinnahmung
483 der Politik von Ghaddafi als islamistische Gefahr für Libyen bezeichnet. Seit der Mitte der
484 Neunziger Jahre ist auch die Libysche Islamische Kampfgruppe vor allem in der Kyrenaika
485 aktiv.“

486 Die „Rebellen“ sind untereinander zerstritten. In Tripolis berichten Korrespondenten
487 verschiedener Nationen wieder von Plünderungen. Bereits zuvor hatten die „Rebellen“
488 ganze Städte geplündert, die sie „befreien“ konnten.

489 Wir stellen uns auf Seiten der libyschen Regierung, weil sie eine sozial fortschrittliche
490 Nation entwickelt hat. Das ist von den NATO-Rebellen nicht zu erwarten. Wir stellen uns
491 auf Seiten der libyschen Regierung, weil der Angriffskrieg gegen sie jeder legalen
492 Grundlage entbehrt. Es ist ein Angriffskrieg der allein strategischen und wirtschaftlichen
493 Interessen dient. Er verstößt eklatant gegen die in der „UNO-Charta verankerten
494 Prinzipien des Gewaltverbots (Artikel 2,4), der territorialen Integrität und staatlichen
495 Souveränität (Artikel 2,2) und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der
496 Staaten (Artikel 2,7)“ (Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag).

497 Unter diesen Gesichtspunkten muss die Forderung klar bleiben:

498 Keine Unterstützung für den Angriffskrieg gegen Libyen! Keine Unterstützung für die
499 imperialistischen Angreifer auf Libyen!

500 **Begründung:**

501 Inhaltlich ergibt sich die Begründung aus dem Antrag. Der von uns vertretene Standpunkt
502 an sich ist auf Grund geltenden internationalen Rechts, das DIE LINKE vertritt,
503 zwangsläufig. Wir halten es darüber hinaus für sinnvoll, zu den in Libyen vor dem NATO-
504 Krieg herrschenden Verhältnisse im Rahmen der Resolution ebenfalls kurz Stellung zu
505 nehmen. Der Initiativcharakter des Antrages ergibt sich aus der Entwicklung des
506 Angriffskrieges gegen Libyen seit dem Ende der 33. Kalenderwoche (Eroberung Tripolis)
507 und somit aus der Notwendigkeit, hierzu Stellung zu nehmen. Eine klare und eindeutige
508 Stellungnahme ist erforderlich, um als einzige deutsche Friedenspartei glaubwürdig zu
509 bleiben.

510 DIE LINKE. Ortsverband Radevormwald gez.

511 Adrian Münter Ortsverbandsvorsitzender DIE LINKE. Radevormwald

512 26.08.11

513 **I-3**

514 Resolution zum Landesparteitag der Partei DIE LINKE. NRW

515 **Nein zum Krieg. Libyen braucht eine friedliche Lösung.**

516 **EinreicherInnen:** Niema Movassat (MdB, Oberhausen), Bernhard Clasen (Sprecher LAG
517 Frieden und Internationale Politik, Mönchengladbach), Karsten Stanberger (Mitglied im
518 Landesvorstand, Recklinghausen), Hannelore Tölke (Sprecherin LAG Frieden und
519 Internationale Politik, Bonn), Martin Hantke (Sprecher LAG Frieden und Internationale
520 Politik, Bochum), Nuri Aygün (Mitglied im Landesvorstand, Hamm), Irina Neszeri
521 (Sprecherinnenrat LAG LISA, Duisburg), Sylvia Gabelmann (stellvertretende
522 Landessprecherin, Aachen)

523 DIE LINKE. NRW verurteilt den NATO-Krieg gegen Libyen. Diese Militärintervention fand
524 nicht aus humanitären Gründen, sondern zur Durchsetzung eigener wirtschaftlicher,
525 geostrategischer und politischer Ziele statt. Sie war völkerrechtswidrig und ein vom
526 Westen organisierter Regimewechsel, bei dem die NATO den Rebellen den Weg nach
527 Tripolis freigebombt hat.

528 Die Resolution des UNO-Sicherheitsrates 1973, die als Legitimation der westlichen
529 Militärintervention dient, stellt einen Verstoß gegen die zwei tragenden UN-Prinzipien dar,
530 das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen und das Souveränitätsprinzip,
531 deshalb ist sie ein Bruch des Völkerrechts. Die Auslegung der Resolution durch die
532 kriegführenden Staaten, damit auch das Recht zum Regimewechsel zu haben, widerspricht
533 dem Inhalt der Resolution. Mandatiert war die Durchsetzung einer Flugverbotszone zum
534 Schutz von Zivilisten. Über 20.000 Luftangriffe auf die staatlichen Truppen, auf Städte,
535 Krankenhäuser, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Telekommunikationseinrichtungen,
536 Schulen und Universitäten und der Einsatz spezieller Kampfverbände aus Frankreich,
537 Großbritannien und arabischen Diktaturen zur Beseitigung Gaddafis waren nicht Teil des
538 Mandats. Hunderte, wenn nicht Tausende von Zivilisten wurden durch die NATO getötet.

539 Der Krieg gegen Libyen war eine neokoloniale Aktion, darauf gerichtet, nach
540 eigenständiger Entwicklung strebende Länder wieder unter Kontrolle zu bringen.
541 Inzwischen sind Kämpfe ganz anderer Art ausgebrochen: Internationale Energieriesen
542 führen jetzt ganz offen die Schlacht um den Zugriff auf das libysche Öl und andere
543 Naturressourcen. Dazu gehören auch die deutsche Wintershall, eine Tochtergesellschaft
544 der BASF, und RWE.

545 Gaddafi ließ politische Freiheit im Land nicht zu und verfolgte die Opposition. Die libyschen
546 Rebellen, die in Kooperation mit westlichen Geheimdiensten und Militär Gaddafi weggejagt
547 haben, bieten aber ebenfalls keine Perspektive für eine demokratische Entwicklung des
548 Landes. Bezeichnend ist, dass Gaddafis ehemaliger Innenminister und Kommandeur der
549 libyschen Sondereinheiten und der ehemalige Generalstaatsanwalt wiederum hohe Posten
550 bekleiden. Die rassistischen Übergriffe durch die Rebellen gegen SchwarzafrikanerInnen,
551 die von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen angeprangert werden, zeigen dass eine
552 demokratische Entwicklung in weiter Ferne ist.

553 DIE LINKE. NRW ist solidarisch mit demokratischen und emanzipatorischen Kräften in
554 Libyen und fordert:

- 555 - Sofortiger Waffenstillstand
- 556 - Verhandlungen der Konfliktparteien unter Moderation der Afrikanischen Union
- 557 - Rückzug der Bundeswehrsoldaten aus den NATO-Stäben
- 558 - Keine Kriegsorganisation von Deutschland aus!
- 559 - Keine Rüstungsexporte !

560

561

562

563 **I-4**

564 Initiativantrag

565 Resolution zum Landesparteitag der Partei DIE LINKE. NRW

566 **10 Jahre Krieg in Afghanistan zeigen Notwendigkeit einer konsequenten Haltung**
567 **gegen jede Kriegsbeteiligung – Keine deutschen Truppen nach Libyen!**

568 EinreicherInnen: Sevim Dağdelen (MdB, Bochum), Martin Hantke (Sprecher LAG Frieden
569 und Internationale Politik, Bochum), Sahra Wagenknecht (MdB, Düsseldorf), Markus
570 Körner (Landesratspräsidium, Ennepe-Ruhr), Özlem Alev Demirel (MdL, Köln), Alexander
571 Neu (Rhein-Sieg-Kreis), Christian Leye (Sprecher KV Bochum), Ulla Jepske (MdB,
572 Dortmund), Anna Conrads (MdL, Duisburg), Niema Movassat (MdB, Oberhausen), Nils
573 Böhlke (Mitglied im SprecherInnenrat der LAG Betrieb und Gewerkschaft, Delegierter für
574 den LPT für die LAG B&G, Düsseldorf), Irina Neszeri (KV Duisburg), Karsten Stanberger
575 (Mitglied des Landesvorstand NRW, KV Recklinghausen), Derya Kilic (Mitglied des
576 Landesvorstands NRW, KV Rhein-Sieg), Karina Ossendorff (Mitglied des Landesvorstands

577 NRW, KV Solingen), Sylvia Gabelmann (stv. Landessprecherin des Landesvorstands NRW,
578 KV Aachen, Sprecherin der LAG FIP)

579 Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE. NRW möge beschließen:

580 Die Terroranschläge vom 11.9.2011 wurden in der Folge dazu instrumentalisiert, die Welt
581 in neue Kriege zu stürzen, um eine neue Weltordnung zu etablieren. Offiziell ging es beim
582 unmittelbar auf die Terroranschläge in den USA begonnenen Krieg gegen Afghanistan
583 darum, zu verhindern, dass solche Anschläge je wieder möglich seien. Heute ist klar, dass
584 dieser Krieg und der folgende im Irak die Terrorgefahr weltweit erhöht hat. Dies zeigen die
585 Anschläge von Spanien und Großbritannien ebenso wie die immer neuen Anschläge in
586 Afghanistan, Irak und Pakistan. Weltweit wurden mit Verweis auf die Terrorbekämpfung
587 Bürgerrechte eingeschränkt und die Befugnisse der „Sicherheitsbehörden“ ausgeweitet.
588 Der Terror und die Angst vor ihm sind zum Alltag geworden und bestimmen die Politik.
589 Immer größere Gebiete werden zum Schauplatz des Krieges gegen den Terror, immer
590 größere Teile der Weltbevölkerung werden zur Bedrohung erklärt Das Repertoire der
591 sogenannten Terrorbekämpfung umfasst neben Drohneneinsätzen auch extralegale
592 Hinrichtungen, Verschleppungen, Folter und menschenrechtswidrige Verhörpraktiken.

593 Dabei dienten gerade die Menschenrechte zur Legitimierung des Krieges in Afghanistan.
594 Die Frauen in Afghanistan, so hieß es, müssten von Unterdrückung befreit und der
595 Drogenhandel bekämpft werden. Heute blüht der Drogenhandel wie nie zuvor und von
596 Frauenrechten in Afghanistan spricht niemand mehr, hat doch die Intervention in
597 Afghanistan mittlerweile zusätzlich noch weitere gravierende Probleme hervorgebracht.
598 Das Leben der Menschen in Afghanistan ist geprägt von alltäglicher, existenzieller
599 Unsicherheit, ein wachsender Teil der Bevölkerung ist unterernährt und auf der Flucht.
600 Kriminelle Banden und Milizen, teils von der NATO bewaffnet sind eine ständige
601 Bedrohung, Anschläge, Straßensperren und nächtliche Hausdurchsuchungen der ISAF-
602 Truppen verbreiten Unsicherheit und Angst. Die NATO will nun ihre Präsenz in Afghanistan
603 reduzieren. Doch der Krieg wird und soll weitergehen durch die von EU und NATO
604 ausgerüsteten und ausgebildeten „afghanischen Sicherheitskräfte“, gestützt durch Luft-
605 und Drohnenangriffe sowie Kommandoaktionen der NATO-Soldaten. Das korrupte und
606 vom Westen eingesetzte Karsai-Regime soll um jeden Preis gehalten werden, alles andere
607 käme aus Sicht der kriegführenden NATO-Staaten einer Niederlage gleich.

608 DIE LINKE hat den Krieg gegen Afghanistan von Anfang an abgelehnt und sich gegen jede
609 deutsche Unterstützung an der Kriegführung eingesetzt. DIE LINKE hat im Bundestag
610 konsequent gegen eine Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistan-Krieg gestimmt und
611 jede Erneuerung und Erweiterung des ISAF-Mandates abgelehnt. Heute zeigt sich mehr
612 denn je, wie richtig diese Entscheidung war, bei der sie zudem auch die Mehrheit der
613 Bevölkerung hinter sich hat. Selbst die Bundesregierung muss mittlerweile einräumen,
614 dass „sich alle Akteure einig [sind]: Militärisch ist der Konflikt in Afghanistan nicht zu
615 lösen.“ Trotzdem setzt die Bundesregierung nach wie vor auf die militärische Eskalation –
616 nicht nur in Afghanistan.

617 Mit ihren Waffenlieferungen an Saudi-Arabien hat die Bundesregierung ihre Zustimmung
618 für ein militärisches Eingreifen gegen die Aufstände in Bahrain und Jemen signalisiert. Den
619 NATO-Krieg in Libyen hat sie trotz ihrer Enthaltung zur UN-Resolution 1973 vielfach
620 unterstützt, rechtswidrig sogar ohne Zustimmung des Bundestages mit

621 Bundeswehrsoldaten in den NATO-Führungsstäben. Nun hat sie Bodentruppen und Hilfe
622 beim Aufbau neuer „Sicherheitskräfte“ angeboten, wohl wissend, dass die Situation in
623 Libyen zu einem lang anhaltenden Bürgerkrieg zu eskalieren droht. Doch entscheidend für
624 die Bundesregierung ist die Hoffnung, sich dadurch Zugang zum libyschen Öl und ihren
625 Anteil am profitträchtigen „Wiederaufbau“ des Landes sichern zu können. Eines Landes,
626 das vor dem Krieg den höchsten Entwicklungsstand in ganz Afrika hatte und das nun in
627 Not und Elend zurückgebombt worden ist.

628 Viele Menschen waren sich zu Beginn der NATO-Intervention in Libyen unsicher, ob diese
629 nicht doch richtig sei. Auch hier wurde das Leid der Menschen – angereichert mit
630 Propaganda-Lügen – instrumentalisiert. Bereits heute zeigt sich, dass auch die von der
631 NATO unterstützten Rebellen und Söldner am Bodensich all der Verbrechen schuldig
632 machen, die sie Gaddafi vorwarfen: Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung,
633 Belagerungsringe, Plünderungen und Vergewaltigungen. Ein Ende des Krieges, bei dem es
634 vor allem um Libyens Rohstoffe ging und geht und dem bereits Tausende von Menschen
635 zum Opfer gefallen sind, steht in weiter Ferne, nicht zuletzt auch wegen der großen Zahl
636 der vom Ausland ins Land gebrachten Waffen, die diesen Krieg noch lange nähren werden.

637 Die NATO-Interventionen in Afghanistan und Libyen unterstreichen einmal mehr, wie
638 wichtig eine konsequente Haltung gegen jede Kriegsbeteiligung ist. Von der Propaganda,
639 die jedem Krieg voraus geht, dürfen wir uns nicht beirren lassen: Krieg ist niemals eine
640 Lösung von Konflikten.

641 Deshalb fordert DIE LINKE NRW:

- 642 – den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan;
- 643 – keine deutsche Unterstützung beim Aufbau und der Ausbildung afghanischer
644 Milizen und sog. „Sicherheitskräfte“;
- 645 – keine deutsche Beteiligung am Krieg in und gegen Libyen, die Bundeswehrsoldaten
646 müssen unverzüglich aus den NATO-Führungsstäben abgezogen werden;
- 647 – den Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO;
- 648 – den Stopp und das Verbot aller Rüstungsexporte;
- 649 – die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr

650

651 **I-5**

652 Initiativantrag

653 **>Front de Gauche< und Jean-Luc Mélenchon liegen richtig –**

654 **DIE LINKE muss europaweit für >Ungleichheitsbremsen< kämpfen!**

655 Initiativantrag an den Landesparteitag der LINKEN. NRW

656 **AntragstellerInnen:** Alban Werner, Irina Neszeri, ...

657 *Der Parteitag möchte beschließen:*

658 1) Das Programm der LINKEN wird wie folgt ergänzt:

659 Nach dem Satz >Wir fordern die kräftige Anhebung des Spitzensteuersatzes der
660 Einkommenssteuer< (Z. 1510-1511) einzufügen: >Der Spitzensteuersatz wird
661 angewendet für Einkommen bis zu 360.000 Euro im Jahr. Darüber hinausgehende
662 Einnahmen werden mit einer progressiven Zusatzsteuer von bis zu 100 Prozent belegt<.

663 2) Innerhalb der anti-neoliberalen Linken in Europa tritt DIE LINKE für eine breite
664 Unterstützung dieser Forderung ein.

665 *Begründung:*

666 Das französische Wahlbündnis >Front de Gauche< und ihr Präsidentschaftskandidat Jean-
667 Luc Mélenchon haben in ihr Wahlprogramm die Forderung nach einer
668 Einkommenshöchstgrenze aufgenommen (siehe Pressemitteilung vom 18.8.2011,
669 [http://www.jean-luc-melenchon.fr/2011/08/18/taxer-les-riches-avec-le-revenu-
670 maximum/](http://www.jean-luc-melenchon.fr/2011/08/18/taxer-les-riches-avec-le-revenu-maximum/)). Sie fordern wie DIE LINKE, dass das höchste Gehalt in einem Unternehmen
671 nicht höher sein darf als das Zwanzigfache des untersten Gehalts (siehe Z. 1304f), und
672 dass Gewinneinkommen nicht niedriger besteuert werden dürfen als Einkommen aus
673 Erwerbsarbeit (siehe Z. 1514ff).

674 DIE LINKE sollte auch die >Front de Gauche<-Forderung nach einer faktischen
675 Einkommensgrenze nach oben übernehmen, die Vorrang haben muss vor dem
676 Vertragsrecht und bestehenden Vermögensansprüchen. >FdG< sieht die Grenze bei
677 30.000 Euro/Monat.

678 Für eine gesetzliche Begrenzung der Einkommensungleichheit gibt es überwältigende
679 Gründe:

- 680 - BezieherInnen extrem hoher Einkommen konsumieren davon nicht alles. Anstatt ihr
681 Geld auszugeben, sparen sie es und stecken es in fragwürdige Finanzprodukte. Die
682 enorme Reichtumskonzentration bei einer kleinen Schicht, bei gleichzeitiger relativer
683 Verarmung von Massen hat maßgeblich zur Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen.
684 Um künftige Krisen zu verhindern, braucht es statt „Schuldenbremse“ eine *Bremse*
685 *gegen Ungleichheit*.
- 686 - Eine starke ungleiche Verteilung bedeutet, dass dauerhaft mehr Arbeit in der
687 Gesellschaft aufgewendet wird, um diejenigen Güter und Dienstleistungen zu bereit zu
688 stellen, die Reiche mit ihrem Geld nachfragen. Die Bedürfnisse der Menschen mit
689 weniger Kaufkraft werden auch weniger berücksichtigt.
- 690 - Die Glücksforschung hat belegt, dass ab einer gewissen Einkommenshöhe die
691 Zufriedenheit der Begüterten ohnehin nicht mehr weiter zunimmt. Im Gegenteil: je
692 weiter oben jemand in der Einkommens- und Ansehenspyramide ist, desto mehr Geld
693 muss sie oder er aufwenden, um überhaupt den eigenen Status halten zu können.
694 Dieser harte Wettbewerb hat schädliche und spaltende gesellschaftliche Auswirkungen.

695 - Einkommen oberhalb einer bestimmten Höhe, die für viele Menschen immer
696 unerreichbar bleibt, sind mit keiner Leistungsethik der Welt zu rechtfertigen. Es stimmt
697 nicht, dass sie einen erwünschten Wettbewerb um bessere Leistungen anstacheln.

698

699 **I-6**

700 Initiativantrag

701 Antragsteller: Özlem Alev Demirel (MdL, KV Köln), Nils Böhlke (SprecherInnenrat AG b &
702 g, KV Düsseldorf), Azad Tarhan (KV Duisburg), Niema Movassat (MdB, KV Oberhausen),
703 Hubertus Zdebel (Landessprecher DIE LINKE. NRW), Sevim Dağdelen (MdB, KV Bochum),
704 Ben Klar (KV Düsseldorf)

705 **DIE LINKE. NRW unterstützt den Aktionstag der IG Metall-Jugend am 01.10. in** 706 **Köln**

707 DIE LINKE. NRW unterstützt den Aktionstag der IG-Metall-Jugend am 01.10. in Köln. Alle
708 Kreisverbände, der Landesvorstand, der Studierendenverband SDS und der
709 Jugendverband Linksjugend [`solid] beteiligen sich an der Mobilisierung zu der vermutlich
710 größten Demonstration in diesem Jahr in NRW zu der unter dem Motto „Laut und stark!“
711 etwa 20.000 Jugendliche erwartet werden.

712 Begründung:

713 Wenn 20.000 junge Menschen in NRW demonstrieren und vielfach erstmals ihre
714 Interessen in einer direkten Aktion artikulieren, darf DIE LINKE nicht fehlen. DIE LINKE ist
715 bislang nicht attraktiv genug für junge Menschen und für Frauen. Gerade auf dieser
716 Demonstration gibt es die Möglichkeit mit vielen jungen Menschen in Kontakt zu treten
717 und deutlich zu zeigen, dass DIE LINKE an ihrer Seite steht, wenn sie sich für ihre
718 Interessen einsetzen. Insbesondere die Interessen der Auszubildenden haben alle anderen
719 Parteien in den letzten Jahren mit Füßen getreten. Die zahlreichen Gesprächsrunden und
720 Pakte hatten immer in erster Linie die Funktion eine Ausbildungsplatzumlage oder eine
721 Übernahmegarantie zu verhindern. Jetzt verlangen die Jugendlichen dieses auf der Straße.
722 Auf dieser Demonstration muss deutlich werden, dass es nur eine Partei gibt, die diese
723 Interessen unterstützt und sich für diese auch in den Parlamenten immer wieder
724 eingesetzt hat.

725

726

727 Antragsteller: Günter Blocks

728 **Ergänzender Antrag**

729 **zur Behandlung der vorliegenden Leitantrags-Entwürfe L 1 NEU und L 2 NEU**

730 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

731 Der Leitantrags-Entwurf **L 2 NEU in der synoptischen Fassung der**
732 **AntragstellerInnen** ist

733
734
735
736
737
738
739
740
741

742

743
744
745
746

- der weitergehende Antrag gegenüber dem L 1 NEU
- und zugleich die lese-freundlichere Textvariante zur sachgerechten Behandlung und demokratischen Diskussion der beiden Leitanträge.

Daher wird die Leitantrags-Debatte auf dem Landesparteitag auf der Grundlage des L 2 NEU geführt.